

Die ordentliche und außerordentliche Gebarung wurden mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit ist das Budget in Summe mehrheitlich beschlossen. Herzlichen Glückwunsch (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt 1) wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt möchte ich noch eine Anmerkung machen, das habe ich früher vergessen, aber wir brauchen es für das Protokoll. Beim Stück Nummer 4 der Nachtragstagesordnung gab es auch die Gegenstimmen der Grünen Fraktion. Jetzt bitte ich, dass wir vorziehen all jene Stücke, die das Erfordernis der erhöhten Mehrheit haben.

Berichterstatter: GR. Mayr

24) A 14 K – 596/1997-242

3.06 Stadtentwicklungskonzept der
Landeshauptstadt Graz
6. Änderung 2006
Beschluss

GR. **Mayr**: Es geht hier um die 6. Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes und zwar geht es um eine Anpassung eines kleinen Bereiches in der Nähe der Niesenbergergasse und zwar geht es hier um die Änderung dieses Bereiches von innerstädtischem Wohngebiet mit hoher Dichte auf Stadtzentrum. Diese 6. Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes war vom 13. Juli bis zum 8. September in Auflage, es gab drei Stellungnahmen und eine Einwendung, die hiermit beantwortet wurden. Daraus ergab sich allerdings keine Änderung, das heißt, der Ausschuss stellt den

Antrag, das 3.06 Stadtentwicklungskonzept, die 6. Änderung, gemäß dem in der Verordnung der grafischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht angegebenen Punkt zu ändern und die Einwendungserledigung mitzubeschließen.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Das 3.06 Stadtentwicklungskonzept – 6. Änderung 2006 der Landeshauptstadt Graz gemäß dem in der Verordnung, der grafischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht angegebenen 1. Punkt sowie
2. die Einwendungserledigung im Sinne dieses Gemeinderatsberichtes.

GRin. **Binder:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, das vorliegende Stück mit dem Hinweis und Schwerpunkt auf Änderung löst schon einigermaßen Verwunderung bei uns aus und heute ist auch schon einiges diesbezüglich von uns eingebracht worden in den Reden zum Budget. In diesem Stück, das vorgelegt wird und heute abgestimmt werden soll, wird ja auch Bezug genommen auf die Einzelhandels- und Dienstleistungsstrukturuntersuchung der CIMA Österreich und der GMA und mein Kollege Hermann Candussi hat schon in seinen Ausführungen zum Budget kundgetan, dass die GMA in der Stiftung von Otto, vom Besitzer dieser ECE und Otto-Versand in dieser Stiftung drinnen sitzt. Und das macht natürlich ein sehr eigenartiges oder ergibt ein sehr eigenartiges Bild, wenn unser Handelsmarketing eine Gesellschaft, die eng verbunden ist mit dem ECE, beauftragt, eine Studie zu erstellen und dann die Ergebnisse dieser Studie natürlich Grundlage darstellt oder darstellen für das Begehren des ECE. Das ist das, wenn wir oder damit meinen wir, wenn wir von Trickserei reden, dann meinen wir auch das, das ist nicht seriös, das ist politisch nicht seriös und daher hinkt dieses ganze Projekt hinten und vorne und man hat den Eindruck, auch bei der Veranstaltung, die im Hotel Europa stattgefunden hat, und wo doch sehr viele Menschen ihre Sorgen und ihre Bedenken geäußert haben, sehr kritisch diesem Projekt gegenüberstehen, hat man den Eindruck, dass trotzdem über sie hinweggegangen wird. Zu dem Stück und zu den geplanten Änderungen möchte ich noch sagen, es ist für mich auch nicht plausibel, und darauf hätte ich

eben gerne eine Antwort, es ist für mich nicht plausibel, warum keine Umweltprüfung und keine Umwelterheblichkeitsprüfung stattfinden soll. Es wird kundgetan...

Zwischenruf GRin. Krampl. Nicht in der Phase.

GRin. **Binder**: Es wird kundgetan, dass die Änderung des STEK eingehend auf ihre Umweltrelevanz geprüft wurde und zwar vom Raumplanungsbüro Dipl.-Ing. Maximilian Pumpernig, Juni 2006. Wer diese Prüfung kennt, dann beglückwünsche ich jeden von meinen Kolleginnen und Kollegen, also wir kennen sie nicht. Wir haben sie auch nicht zugeschickt oder irgendwie ausgehändigt bekommen, das heißt, es wird irgendwie damit gerechnet, dass wir das schlucken, was einfach hier steht. Es ist eine Behauptung, wir können sie nicht nachvollziehen und wir wollen sie so auch nicht nachvollziehen und das ist natürlich auch eine Form von Nichtkommunikation oder auch Kommunikation, wie immer man das sehen möchte, eines Stadtrates, der ein Megaprojekt durchdrücken möchte in einer ungeheuren zeitlichen Verdichtung. Dieser Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen. Die Begründung, warum keine Umweltprüfung und Umwelterheblichkeitsprüfung gemacht werden muss, ist auch angeführt, nämlich auf Grund gewisser Ausschlusskriterien und da steht zum Beispiel, erstes Ausschlusskriterium, weil nur geringfügige Änderung von Plänen und Programmen vorgesehen sind oder es gibt nur geringfügige Änderungen durch dieses Projekt, ich würde gerne wissen, wie ist das quantitativ zu messen, dass hier nur geringfügige Änderungen betroffen sind, dann der zweite Punkt, der die Planung, die Nutzung kleinerer Gebiete, also kleinräumige Erweiterungen betrifft, dass für das Planungsgebiet bereits auf höherer Stufe oder durch einen anderen Planungsträger eine Umwelterheblichkeitsprüfung durchgeführt wurde, also da, glaube ich, geht man auf das Raumplanungsbüro Pumpernig ein. Der vierte Punkt ist, durch die Planung werden die Eigenart und der Charakter des Gebietes nicht verändert, also ich verstehe das nicht, natürlich wird durch diese Veränderung sowohl die Eigenart als auch der Charakter des Gebietes massiv verändert. Der fünfte Punkt lautet, mit der Planung sind offensichtlich keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt

verbunden. Jetzt haben wir aber bei der letzten Gemeinderatssitzung schon intensiv diskutiert über die sogenannten Verkehrslösungen, die jetzt kurzfristig vorgelegt wurden, wo selbst das Verkehrsplanungsbüro einige kritische Anmerkungen hinzugefügt hat und wir nicht davon sprechen können, dass die Lösungen, die vorgesehen sind, zufriedenstellend sein können und keine Auswirkungen haben. Und das haben auch die vielen Menschen, die bei dieser Veranstaltung waren, mehrmals angeschnitten und ich muss mich schon wundern, wenn einerseits zwar sehr viel über Partizipation gesprochen wird, vor allem über das Model der Werkstatt, aber dann...

Zwischenruf Bürgermeisterstellvertreter Walter Ferk: Ihr habt zugestimmt, ihr tut euch jetzt absentieren.

GRin. **Binder:** Stopp, ich habe mich jetzt überhaupt nicht distanziert von diesem Modell, sondern du hast mich nicht ausreden lassen, auf der einen Seite wird viel mit dieser Planungswerkstatt gearbeitet und man erhofft sich da eine grundlegende Möglichkeit der Partizipation und Mitgestaltung und auf der anderen Seite soll hier ein Projekt einfach durchgedrückt werden, noch bevor wirklich alles gut, wirklich gut geklärt ist und um etwas gut zu klären, muss man argumentieren und muss man seriös argumentieren. Und wenn ich mir aus dem Amtsblatt der Europäischen Union die Kriterien anschau, die eben für solche Überprüfungen notwendig sind, dann stimmen diese Kriterien alle zu und ich verstehe überhaupt nicht, wie man bei diesem Stück sagen kann, dass Punkt 1, Punkt 2, Punkt 3, Punkt 4 nicht gegeben sind, also und daher können wir jetzt sang und klanglos, und da bitte ich auch die Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, die ja das vorige Mal einen Antrag eingebracht haben, hier sich das noch einmal zu überlegen, welche Weichen hier gestellt werden, wenn diesem Stück hier die Zustimmung gegeben wird. Es ist ein Drüberfahren über die Bedürfnisse, über die Sorgen und auch über die Wünsche, die berechtigten Wünsche der Bevölkerung, der dort ansässigen Bevölkerung (*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 20.50 Uhr den Vorsitz.

GR. **Khull-Kholwald:** Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Die Wortmeldung, die ich da hier jetzt halte, ist zum Teil bezogen auf diese Stadtentwicklungskonzeptänderung, zum Teil auf die damit in Verbindung stehende Flächenwidmungsplanänderung und ganz bestimmt auch zum Teil auf das dahinter stehende Projekt. Ich möchte mich da nicht fünfmal einzeln zu Wort melden müssen, ich möchte das auch nicht alles einzeln auseinander dividieren, sondern ich bitte Sie einfach ob der vorgeschrittenen Stunde da eine gewisse Benevolenzmaxime anzuwenden, wenn ich nicht alles ganz genau differenziert ausdrücke. Ich habe auch noch länger Zeit, möchte ich jetzt nicht sagen, an die Damen und Herren in den ersten zwei Reihen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), ich habe in meiner Budgetrede oder in diesem Beitrag zum Budget, besser gesagt, Projekte genannt, die mir zu lange gedauert haben, ich habe auch Projekte erwähnt, wo ich sagen möchte, diese Projekte gehen mir etwas zu schnell. Eines dieser Projekte in der Vergangenheit hatte bereits mit dem Stadtentwicklungskonzept zu tun und dieses Projekt ist ein Projekt oder ein Problem, das ebenfalls damit zu tun hat. Dazu möchte ich etwas Grundsätzliches anmerken. Wir haben ein Stadtentwicklungskonzept beschlossen und ich denke, ich habe das so verstanden, dass dieses Stadtentwicklungskonzept so etwas sein soll wie eine strategische Richtschnur über die nächsten zehn Jahre. Aus dieser grundsätzlichen Überlegung heraus, möchte ich festmachen, dass man sich hier durchaus Zeit lassen kann, wenn man so etwas schon unbedingt ändern muss. Eine strategische Überlegung wirft man nicht so einfach über den Haufen. Das zweite Argument, das ich hier vorbringen muss, hat zum größeren Teil mit dem Projekt zu tun, sagen wir es einmal so. Dieses Projekt ist durchaus nicht wenig faszinierend, Sie können sich vielleicht, zumindest die Damen und Herren, die länger hier schon im Hause sind, daran erinnern, dass ich ein ziemlich vehementer Gegner war und noch immer bin von solchen Einkaufszentren, die irgendwo auf der grünen Wiese entstehen. Teilweise habe ich das mit ökologischen Gründen gerechtfertigt, teilweise habe ich das gerechtfertigt mit Gründen, die einfach mit unserer städtischen Wirtschaftsstruktur in Zusammenhang stehen. Deswegen gilt für mich diese

Gegnerschaft sowohl für solche Sachen wie sie beim IKEA-Elch entstanden sind, als auch für solche Sachen, wie sie in Seiersberg entstanden sind. Bei diesem Projekt ist es anders und das ist das Faszinierende an diesem Projekt, es ist nicht auf der grünen Wiese, sondern es ist relativ in der Nähe unseres Zentrums. Damit einhergehend ist diese Projekt, und das ist sicherlich ein Positivum, ist dieses Projekt sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Das sind einmal die zwei positiven Dinge, die muss man festhalten und unumwunden zur Kenntnis nehmen. Ich hatte auch die Gelegenheit, mit der Vertreterin der Firma ECE mich mehrmals intensiv auszutauschen und bin da sogar noch auf neue Ideen gekommen, die ich Ihnen auch nicht unbedingt vorenthalten möchte und zwar gehen wir davon aus, so grosso modo, dass dieses Projekt unsere Innenstadtwirtschaft eventuell, ich sage einmal eventuell, beleben könnte. Ich glaube aber, dass da ein Denkfehler dahinter ist und dieser Denkfehler lässt sich in einem Satz ganz kurz zusammenfassen. Wenn sie den Blick nach Wien richten, meine Damen und Herren, haben Sie dort eine innere und eine äußere Mariahilferstraße, diese innere Mariahilferstraße ist eine florierende Geschäftsstraße, die äußere Mariahilferstraße ist eine Straße mit Zahnlücken, mit leer stehenden Geschäften, wo sich ein Secondhand-Shop an die nächste Kebab-Bude reiht und dazwischen chinesische Bekleidung verkauft wird, um es ganz grob zu formulieren. Also wo keine Geschäfte da sind, die tatsächlich Kunden ansprechen, wie sie das ECE ansprechen möchte. In diesem Zusammenhang möchte ich wirklich darauf hinweisen, dass wir uns die Zeit nehmen sollten, darüber nachzudenken, was wir wirklich mit dieser Annenstraße machen sollten. Die Zeit nehmen sollten, eine Analyse zu machen, wie es dort wirklich ausschaut und dahingehend dann eine Prüfung aufbauen, ob ein solches Monsterprojekt auf der einen Seite dieser Straße die ganze Straße sanieren kann, wie ich es gehört habe, dass dieses Projekt es angeblich könnte. Bei meinem jetzigen Wissensstand, meine Damen und Herren, glaube ich ganz einfach, dass das nicht gehen wird, weil, das führe ich jetzt nicht näher aus...

Zwischenruf GRin. Krampl: Die Chance gibt es, aber nicht dass es wirklich passiert.

GR. **Khull-Kholwald**: Ja, die ist mir aber zu wenig, die theoretische Chance einer Möglichkeit irgendwann einmal, dass ich aus einem Hut mit 99 Kugeln genau die rausziehe, die ich haben will, die möchte ich für mich nicht akzeptieren müssen. Das zweite Problem, das ich dort sehe, ist ganz einfach ein banales, das wir in Graz fast überall haben, das ist eine Kreuzung, die wir dort haben, wo es sich ständig staut und das sollte auch vorher gelöst werden, bevor wir ein Stadtentwicklungskonzept und einen Flächenwidmungsplan ändern, meine Damen und Herren, und weit vorher gelöst sein, bevor wir auch nur daran denken, einen Bebauungsplan zu machen. Deswegen glaube ich, kann das durchaus warten.

Zwischenruf GRin. Krampl: Vor dem Bebauungsplan sicher.

GRin. **Binder**: Ich möchte noch einmal Folgendes kundtun: Also ich bitte hier auch um eine rechtliche Prüfung, denn im Steiermärkischen Raumordnungsgesetz steht, und zwar im § 3, im Rahmen der Erstellung und Änderung von Plänen und Programmen ist, in Klammer (Entwicklungsprogramm, örtliche Entwicklungskonzepte und Flächenwidmungspläne), ist eine Umweltprüfung durchzuführen und ein Umweltbericht zu erstellen, wenn die Planungen und Programme geeignet sind, erstens Grundlage für ein Projekt zu sein, das gemäß dem Anhang 1 usw. in der Fassung des Gesetzblattes einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegt. Und eine Umweltverträglichkeitsprüfung wird ja gemacht werden müssen. Ich bitte hier ja nur um Klärung. Zweitens: Eine Umweltprüfung ist jedoch dann nicht erforderlich, wenn es sich um geringfügige Änderungen von Plänen und Programmen oder um die Nutzung kleiner Gebiete handelt und beides ist nicht gegeben.

Zwischenruf GRin. Krampl: Die Änderung ist gering.

GRin. **Binder**: Ich möchte nur darauf hinweisen. Egal wenn du es anders...

Zwischenruf GRin. Krampfl unverständlich.

GRin. **Binder**: Nein, auch in dieser Phase ist es notwendig, eine strategische Umweltprüfung durchzuführen.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Frau Klubobmann, auf die fachlichen...

Zwischenruf GRin. Binder: Frau.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Was habe ich gesagt? Mann, Klubobfrau sage ich normal immer, Entschuldigung nehme ich sofort zurück und behaupte das Gegenteil. Auf die fachlichen Unschärfen deiner Wortmeldungen wird der Herr Kollege Rüschi schon noch eingehen, ich möchte nur deinen Blick auf die zeitliche Abfolge richten und lenken. Es hat ein sehr renommiertes Unternehmen und Kenner der Grazer Landschaft diese Studie erstellt und das Ergebnis war keine Empfehlung für ein Einkaufszentrum am Bahnhof. Darüber hinaus hat ein anderes Unternehmen auch eine Studie erstellt und diese Studie kam zu ähnlichen Ergebnissen. Wenn es etwas zu sagen gibt, dann bitte ich einfach darum, dass das deutlich gesagt wird, mir ist es zu wenig, wenn in den Raum gestellt wird, dass politisch irgendetwas nicht seriös abläuft. Ich finde es nämlich politisch äußerst unseriös, irgendetwas anzudeuten, in den Raum zu stellen, dass irgendetwas nicht mit rechten Dingen zugegangen wäre. So wie du das sagst, unterstellst du beiden Unternehmen, einem Geschäftsführer, aber

auch der Abteilung für Wirtschaft und Tourismusentwicklung und natürlich letztlich auch den politisch Verantwortlichen, dass da irgendwas getrickst wurde, das kann und werde ich so nicht akzeptieren, ich bitte einfach darum, dass du derartige Unterstellungen ohne nähere Präzisierungen in Zukunft unterlässt, danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ja, liebe Klubobfrau, diese Kritik musst du dir einfach gefallen lassen und ich finde, sie wird noch verstärkt dadurch, dass du diese Kritik der Unseriosität erhebst, ohne dass du das Stück, das diesem Beschluss zugrunde liegt, gelesen hast. Denn, das was du hier publikumswirksam gefragt hast, ist im Stück beantwortet, ich darf dir das vorlesen, es tut mir leid für die anderen, die das Stück gelesen haben. Zunächst einmal ist eines klar, es wurde diesem Umweltbericht, den du gefordert hast, der wurde durchgeführt und wie du richtig vorgelesen hast, gibt es da insgesamt fünf Ausschlusskriterien. Und jetzt ist wichtig zu wissen, dass, wenn ein einziges Ausschlusskriterium zutrifft, dann ist die Umwelterheblichkeitsprüfung nicht zu machen und dieser Bericht ist vom Land bearbeitet worden, bewertet worden und ist gut geheißen worden, das heißt, das Land als übergeordnete Behörde hat den Bericht von Dipl.-Ing. Pumpernig bearbeitet und hat festgestellt, dass er ok ist, im Detail ist das hier auch angeführt, beim Stadtentwicklungskonzept wird akzeptiert, dass zwei Ausschlusskriterien zutreffen, nämlich das eine, die Planung betrifft die Nutzung kleinerer Gebiete, kleinräumige Erweiterung, Arrondierung von Plänen usw. Das ist auch plausibel, man muss nämlich eines klarstellen, beim Stadtentwicklungskonzept und bei der Flächenwidmungsplanung geht es bitte nicht um das Projekt, sondern es geht um die Widmungsänderung. Und beim Stadtentwicklungskonzept ist allein aus dem Plan ersichtlich, dass das Gebiet, das eben als dieses Wirtschaftsgebiet ausgewiesen wird, nur um einen kleinen Teil sich verändert, ergänzt wird und beim Flächenwidmungsplan sind insgesamt die Kriterien 1, 2, 3 und 4 als Ausschluss akzeptiert, das Land hat das geprüft, es ist in Ordnung, erster Punkt, politisch unseriös? Zweiter Punkt, es ist klar, dass für die ECE Leiner eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht werden muss, das ist klar, das steht fest, unser Gemeinderat Georg Topf ist auch von der zuständigen Landesabteilung und er

hat mir das ebenfalls noch einmal bestätigt, das heißt, es muss eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht werden und dabei wird dann das Projekt geprüft, Immissionen, Lärm usw. Also insofern ist es auch klar, wir sind auch durchaus darauf vorbereitet, dass diese Umweltverträglichkeitsprüfung sicherlich ein harter Prüfstein für das Projekt werden wird. Ich möchte gerne noch zwei Sätze dazu sagen und zwar nicht vergessen, dass die wesentliche politische Entscheidung genauso wie beim Dachausbau von Kastner und Öhler der Beschluss des Bebauungsplanes sein wird. Dieser Beschluss kommt frühestens im März des nächsten Jahres, das heißt, wir haben noch knapp drei Monate, um über dieses Projekt zu diskutieren, zu informieren mit allen Betroffenen, mit den Bezirken usw. und die Absicht ist, dass wir genauso vorgehen wie bei Kastner & Öhler, das heißt, die Dinge des Projektes, die wir nicht im Bebauungsplan regeln können, die werden wir in einer privatrechtlichen Vereinbarung regeln, sodass beim Beschluss des Gemeinderates über dieses Projekt jedenfalls alle Details vorliegen. Ausgenommen, kann ich nur noch einmal sagen, ausgenommen die Umweltverträglichkeitsprüfung, das ist ein Behördenverfahren, bei dem aller Voraussicht nach das Land Behörde ist. Das ist keine politische Entscheidung, das ist ein Behördenverfahren. Ich denke, dass dieser Ablauf durchaus in Anbetracht der großen Chance, die es für die Innenstadt und auch für die Annanestraße gibt, durchaus gerechtfertigt ist, er ist natürlich entsprechend der Priorität, die dieses Projekt hat, durchaus knapp, aber sicherlich ausreichend um diese Entscheidungen entsprechend vorbereiten zu können (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (33 : 16).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Eindeutig die Mehrheit, damit ist dieses Stück so angenommen. Wenn Sie einverstanden sind, nehmen wir gleich den Punkt 25), glaube nicht, dass noch eine Wortmeldung notwendig ist. Dann stimmen wir ab.

25) A 14 K – 920/2006-22

3.10 Flächenwidmungsplan 2002 der
Landeshauptstadt Graz;
10. Änderung 2006
Beschluss über den Änderungspunkt 7
(ECE-Annenstraße)

Der Ausschuss für Stadt-, Verkehr- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. den 3.10 Flächenwidmungsplan – 10. Änderung 2006 der Landeshauptstadt Graz gemäß dem in der Verordnung, der graphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht angegebenen Punkt 7 – ECE-Annenstraße sowie
2. die Einwendungserledigung im Sinne dieses Gemeinderatsberichtes.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (33 : 16)

Berichterstatter: GR. Trummer

26) A 14 K – 854/2004-24

07.09.0 A Bebauungsplan
Leberackerweg Teil A
Aufschließungsgebiet 14.22
VII. Bez., KG. Neudorf
Beschluss

GR. **Trummer**: Es geht hier um diesen Bebauungsplan Leberackerweg, es ist hier vorgesehen auf einer Teilfläche von rund 16.000 m² Einfamilien- beziehungsweise Zweifamilienwohnhäuser zu bauen. Der Bezirksrat ist verständigt worden, im Grunde hat es auch dann eine Anhörung gegeben, es hat auch zwei Einwendungen gegeben, die eben auch berücksichtigt worden sind, da ist es eigentlich nur um relativ kleine Änderungen gegangen und daher stellt der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), der Gemeinderat wolle die Teilaufhebung des Aufschließungsgebietes Nummer 14.22, den 07.09.0 A Bebauungsplan Leberackerweg, Teil A, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung

samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie wie drittens die Einwendungen beschließen. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. die Teilaufhebung des Aufschließungsgebietes Nr. 14.22
2. den 07.09.0 A Bebauungsplan Leberackerweg, Teil A, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
3. die Einwendungserledigungen beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (49 : 0).

Berichterstatterin: GRin. Bergmann

12) A 8 – 22996/2006-4

Umfassende Sanierung des städtischen Wohnhauses Weißenhofgasse 12 – Nachförderung des Landes Steiermark; Darlehensaufnahme in der Höhe von € 74.786,00 beim Land Steiermark

GRin. **Bergmann**: Es geht hier um die umfassende Sanierung des städtischen Wohnhauses in der Weißenhofgasse 12. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 16. 2. 2006 eine Darlehensaufnahme beim Land Steiermark in der Höhe von 359.744 Euro genehmigt. Nunmehr gewährt das Land Steiermark eine Nachförderung für dieses Bauvorhaben in Form eines weiteren Darlehens in der Höhe von 74.786 mit einer Laufzeit von 22 Jahren. Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von 74.786 Euro auf Basis der Bestimmungen des Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes 1993. Zur Sicherstellung des Betrages (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) von Euro 74.786 samt 0,5 % Zinsen, 5,5 % Verzugs- beziehungsweise Zinseszinsen und

der Kautions in der Höhe von 7.478 verpflichtet sich die Stadt Graz gemäß Schuldschein zur....

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren, wenn Sie einverstanden sind und es gibt keine Wortmeldung, können wir abstimmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (50 : 0).

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Topf

9) A 14 K – 909/2006-13

04.10.0 Bebauungsplan „Annenstraße –
St. Georgengasse – Orpheumgasse –
Volksgartenstraße
4. Bez., KG. Lend,
Beschluss

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrte Damen und Herren! Hier geht es um den Bebauungsplan Annenstraße – St. Georgengasse – Orpheumgasse – Volksgartenstraße. Gemäß Deckplan 1 befindet sich der Bereich innerhalb der bebauungspflichtigen Zone, Bebauungsplan in geschlossenen Siedlungsbereichen mit Innenhöfen und Vorgärten. Es ist zu berichten, dass der Bebauungsplan in der Zeit vom 13. Juli 2006 bis 21. September 2006 öffentlich aufgelegt wurde, es sind vier Einwendungen, eine Stellungnahme und eine Mitteilung eingegangen, die korrekt und ordnungsgemäß behandelt wurden, im Ausschuss ist ausführlich darüber gesprochen worden, zwei Punkte, Innenhofentkernung und die Parkplätze waren ein Thema im Ausschuss. Ich darf aber berichten, dass es dann einstimmig im Ausschuss beschlossen wurde und darf daher namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle den 04.10.0 Bebauungsplan Annenstraße – St. Georgengasse – Orpheumgasse – Volksgartenstraße, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung

samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie die Einwendungserledigungen beschließen. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. den 04.10.0 Bebauungsplan „Annenstraße – St. Georgengasse – Orpheumgasse – Volksgartenstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
2. die Einwendungserledigungen beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (50 : 0)

Berichterstatterin: GRin. Edlinger

20) A 16 – 3852/2006
A 8 – 37676/2006-1

Fördervereinbarungen zur
mittelfristigen Finanzierung von
Kultureinrichtungen für die Jahre 2007
und 2008

GRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht bei diesem Stück darum, mit 48 verschiedenen Kultureinrichtungen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) zweijährige Fördervereinbarungen abzuschließen für die Jahre 2007 und 2008, jeweils pro Jahr in Summe ein Betrag von 2.099.300. Der Mustervertrag für diese Fördervereinbarung ist integrierter Bestandteil des Stücks. Ich bitte um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Kultur- und Sportausschusses beziehungsweise des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit gemäß § 1, Abs. 3 der Subventionsordnung der Landeshauptstadt Graz vom 9.12.1993

beziehungsweise gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 32/2005 beschließen:

- 1) Die Gesamtsumme für die Förderungsvereinbarung zur mittelfristigen Finanzierung von achtundvierzig Kultureinrichtungen umfasst für die Jahre 2007 und 2008 jeweils € 2.099.300,-.
- 2) Für die haushaltmäßige Vorsorge in den Jahren 2007 und 2008 wird die entsprechende Projektgenehmigung erteilt.
- 3) Zur mittelfristigen Sicherung der Planung und Finanzierung von kulturellen Vorhaben werden die in den jeweiligen Budgets enthaltenen Subventionen, wie im Motivenbericht aufgelistet, für achtundvierzig Kultureinrichtungen beschlossen.
- 4) Die notwendigen Förderungsvereinbarungen im Einzelnen sind durch die Mag.-Abt. 16 – Kulturamt und die Mag.-Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion mit den begünstigten ProjektträgerInnen laut beigelegtem Mustervertrag, der einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, abzuschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (46 : 4).

Berichterstatterin: GRin. Mag. Fluch

5) A 1 – 1678/2003-6

Richtlinien für die Zuerkennung von
Verwendungszulagen - Abänderung

Mag. **Fluch**: Bereits im Rahmen der Aufgabenkritik wurde unter anderem der Beschluss gefasst, dass die Erhöhungen der Verwendungszulagen auszusetzen sind. Mit diesem Stück, das vorliegt, muss sozusagen der Prozentsatz geändert werden, damit dieser Beschluss vollzogen wird. Das Stück wurde im Ausschuss vorberaten, ich bitte um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 74 b der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl.Nr. 30/1957 idgF beschließen:

Die Richtlinien des Gemeinderates vom 18.11.1976 betreffend die Zuerkennung von Verwendungszulagen, zuletzt geändert durch GRB. vom 12.12.2005, werden wie folgt abgeändert:

Artikel I

In Ziffer 2. wird der Wert „31,02 %“ durch den Wert „30,31 %“ ersetzt.

Artikel II

Artikel I tritt mit 1.1.2007 in Kraft.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Linhart

14) A 8 – 34473/2006-1

Kanalabgabenordnung,
Novellierung

Dipl.-Ing. **Linhart**: Es geht um die Novellierung der Kanalabgabenordnung (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Will es jemand genau berichtet wissen oder ist das vorberaten worden? Gibt es dazu eine Wortmeldung?

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 13 des Statuts der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967, zuletzt idF LGB. Nr. 32/2005, die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Verordnung beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Linhart

15) A 8 – 37979/2006-1

Grazer Parkgebührenverordnung 2006;
Novellierung auf Grund von Anpassungen
im Bereich der linienhaften Kurzpark-
zonen

Dipl.-Ing. **Linhart**: Es geht um die Novellierung der Parkgebührenverordnung. Auch dieses Stück wurde vorberaten und einstimmig angenommen. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 13 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967, zuletzt in der Fassung LGBl.Nr. 32/2005, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildende Verordnung beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 21.22 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Linhart

16) A 8 – 21777/2006-21

Verkehrsverbund Steiermark;
Verlängerung des Angebotes für
Verkehrsdienste auf Linien im Grazer
Stadtgebiet;
Genehmigung zu Vertragsabschlüssen
bis 31.12.2007

Dipl.-Ing. **Linhart**: Für das Jahr 2008 sind im Personen- und Regionalverkehr massive Änderungen durchzuführen. Im Übergangsjahr 2007 sollen die bestehenden Verträge fortgeschrieben werden. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 32/2005 beschließen:

Der Abschluss der im Motivenbericht zu a) bis d) aufgelisteten Verträge betreffend sämtliche Verkehrsdienste auf Linien im Grazer Stadtgebiet wird, unter Einhaltung des sich in der Beilage befindlichen und einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildenden maximalen Finanzbedarfs der Stadt Graz für 2007, bis 31.12.2007 genehmigt.

GR. **Slamanig**: Meine geschätzten Damen und Herren! Also wir wissen alle, dass diese ÖPNV-Änderung, die uns vom Bund aufgezwungen wurde, die notwendigen Schritte, die jetzt gesetzlich vorbereitet werden müssen, notwendig machen. Ich weise, obwohl dieses Stück von uns begrüßt wird, darauf hin, dass der Absatz 2 auf diesem gegenständlichen Antrag für uns einer Präjudizierung des ÖPNV gleichkommt und ich verlange also mittels eines Abänderungsantrages, diesen Absatz zu streichen. Ich lese jetzt diesen Absatz noch einmal vor, es geht um die Seite 2, um den Absatz: „Vor diesem Hintergrund wird von Seiten der Stadt Graz im Jahr 2007, auf Basis einer Ende 2006 fertigzustellenden KDZ Analyse (Neuorganisation des ÖPNV) ein nachhaltiges Steuerungs- und

Finanzierungskonzept für den öffentlichen Personennahverkehr in Graz erarbeitet werden, welches mit Wirksamkeit Anfang 2008 in Kraft treten soll.“ Niemand von uns weiß, was die KDZ-Analyse uns vorbereiten wird und wenn diese Analyse vorliegt, sollten wir uns soviel Herz nehmen und darüber eigene Beratungen vornehmen und deshalb ersuche ich, diesem Abänderungsantrag die Zustimmung zu erteilen.

Der Abänderungsantrag von GR. Slamanig wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: StR. Mag. Dr. Riedler

9) A 8 30180/06-3

Beteiligungscontrolling;
Überblick Budgetmeldungen 2007

10) A 8 – 30180/06-4

Informationsbericht
Beteiligungscontrolling; Soll-Ist-
Vergleiche 3. Quartal

Dr. **Riedler**: In diesem Bericht ist der Soll-Ist-Vergleich des 3. Quartals dargestellt. Ich bitte um Zustimmung. Beteiligungscontrolling, Überblick Budgetmeldungen 2007, liegt vor und ich bitte um Zustimmung.

Zu Punkt 9):

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorliegenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen.

Zu Punkt 10):

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorliegenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt 9) wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 10) wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Rücker

23) A 8-K 37672/06-2
A 10/5-000735/2002-17

„NaturErlebnisPark-Andritz“
Abschluss einer Förderungsvereinbarung
mit dem Verein für Stadtökologie und
Umweltpädagogik „NaturErlebnisPark“ für
das Kalenderjahr 2007

GRin. **Rücker**: Ein bisschen sieht man jetzt schon, glaube ich, dass nach einer Budgetsitzung eine ernsthafte Behandlung von durchaus wichtigen Stücken etwas schwierig ist. Ich hoffe, dass es fürs nächste Jahr uns eine Lehre ist. Bei aller Lustigkeit und guten Stimmung da herinnen, habe ich nichts dagegen prinzipiell, aber ich habe so das Gefühl, es ist momentan etwas, ich habe selber auch gelacht, natürlich...

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Rücker**: Aber der Ausschuss hat auch spät stattgefunden. Aber ich komme jetzt zu dem Stück, weil die zwei Damen wirklich schon lange da oben warten und

geduldig sich dieses Schauspiel da herinnen anschauen und deswegen komme ich jetzt zu dem Stück..

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Rücker:** Aber ich berichte das Stück trotzdem kurz, auch wenn ich weiß, dass wir hier alle dafür sind. Es geht um einen Fördervertrag für das Jahr 2007 für den NaturErlebnisPark Andritz, der einen wichtigen Beitrag leistet zur Erziehung und Information über ökologische Zusammenhänge. Die Aufgabenstellung sind eben die Aufrechterhaltung der vorhandenen Infrastruktur, die laufende Pflege und Instandhaltung, die Betreuung des Naturschutzgebietes Rielteich, das Angebot von naturwissenschaftlichen Bildungsprogrammen, verschiedene Zielgruppen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, die Gewährung von freiem Zutritt in die Parkanlage und entgeltliche Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten. Der Verein hat schon seit neun Jahren dort gearbeitet und das alles aufgebaut und jetzt geht es um eine weitere Förderung. Auf Grundlage der Subventionsordnung der Stadt Graz in der Höhe von 110.000 Euro für das kommende Jahr, das entspricht einer Fördersumme, die um 5 % gekürzt ist zum heurigen Jahr, die Auszahlung erfolgt in zwei Etappen. Was noch wichtig ist zu erwähnen, dass der Verein den Auftrag hat, bis Mitte des Jahres eine Weiterführungsperspektive zu entwickeln, ansonsten wird auch eine Auflösung des Pachtvertrages in den Raum gestellt, sollte keine Perspektive zu entwickeln sein. Ich ersuche um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses und des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle gem. § 1 Abs. 3 der Subventionsordnung der Landeshauptstadt Graz, in der Fassung des Gemeinderatsbeschlusses vom 29.6.2006 beschließen:

1. Der Abschluss der Förderungsvereinbarung zur Finanzierung des NaturErlebnisParkes Graz Andritz zwischen der Stadt Graz als Förderer einerseits und dem Verein für Stadtökologie und Umweltpädagogik „NaturErlebnisPark“ andererseits, für das Kalenderjahr 2007, wird wie folgt genehmigt:

Der Verein für Stadtökologie und Umweltpädagogik „NaturErlebnisPark“ erhält für das Kalenderjahr 2007 eine Förderung in Höhe von € 110.000,- zur Weiterführung des NaturErlebnisParkes Graz Andritz.

Die Auszahlung von je 50 % der Fördersumme erfolgt durch die Stadt Graz bis zum 10. Jänner bzw. 10. Juli 2007.

Die Einhaltung der Subventionsordnung der Landeshauptstadt Graz, in der Fassung des Gemeinderatsbeschlusses vom 29.6.2006, ist eine unabdingbare Voraussetzung der abzuschließenden Förderungsvereinbarung.

Die haushaltsplanmäßigen Vorsorgen für die betreffenden Förderungsjahre sind in den entsprechenden Voranschlägen zu treffen.

2. Der Gemeinderat nimmt die Information zur Kenntnis, dass eine Neuregelung über den Weiterbestand des Schulbiologiezentrums und des NaturErlebnisParks spätestens bis Ende Mai 2007 von Seiten des Vereines getroffen werden muss, da andernfalls mangels langfristiger Subventionszusage der Stadt Graz rechtzeitig eine vertragliche Auflösung des Pachtvertrages mit dem Liegenschaftseigentümer (Fam. Riel) per Ende des Jahres 2007 zu veranlassen wäre.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es gibt zu Ihrem Eingangsstatement eine Antwort von mir. Es gibt herinnen im Gemeinderatssaal so manche/manchen Lehrmeister/-meisterin, ich bin nur Bürgermeister und ich möchte...

Zwischenruf GRin. Rücker: Manchmal auch sehr lehrreich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, aber ich möchte Ihnen nur sagen, zu dieser Sitzungsdebatte noch einmal, wir stimmen da im Gemeinderat darüber ab, wie viel Sitzungen es im nächsten Jahr gibt, wir haben heute auch wieder darüber abgestimmt, und ich sage noch einmal dazu, das ist Beschluss des Gemeinderates gewesen, ich habe vorher den Wunsch nicht gehört. Heute...

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Es war immer eine eigene Sitzung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Aber ich sage noch etwas dazu, es hat jedes Mal auch zum Gemeinderat die Stücke gegeben. Und ich versuche in einem Monatsabstand diese Sitzungen festzulegen, weil wir auch schon Gemeinderatssitzungen gehabt haben, wo fast keine Stücke dann waren, sage ich auch dazu. Ich habe es vorgeschlagen und es war so beschlossen, wenn man zu mir vorher kommt, dann habe ich kein Problem, das dem Gemeinderat auch vorzuschlagen. Im nächsten Jahr haben wir eh diese Budgetsitzung nicht, damit fällt es weg und wir werden uns eh vornehmen, das zu verbessern. Aber ich sage da noch einmal dazu, ich habe es auch sehr schön gefunden, dass eine so gute Stimmung wie jetzt da war und habe das nicht so dramatisch gesehen, weil Sie gesagt haben, jetzt zu so später Stunde ist das schwierig zuzuhören etc., es hat irgendwie allen sehr viel Freude gemacht, habe ich gerade vorhin festgestellt.

GRin. **Rücker**: Herr Bürgermeister, darf ich darauf noch kurz was sagen. Ganz kurz, aber es war natürlich bei der letztjährigen Beschlussfassung für uns noch nicht ersichtlich, was die Konsequenz ist, deswegen haben wir heuer auch dagegen gestimmt und wir weisen jetzt darauf hin, in Zukunft eine bessere Lösung zu finden und das ist die Bitte, die ich anbringen wollte und auch wenn es lustig ist, es sind trotzdem ernsthafte Stücke, die auf der Tagesordnung sind und es ist schade, wenn die in der Lustigkeit untergehen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist eh schön, aber ich hätte mir gewünscht, dass wir vielleicht auch, weil das mir sehr oft vorgeworfen wird, es wäre schön, wenn wir vorher darüber reden, bevor man gleich eine Doppelseite in einer Zeitung drüber macht und das wäre schön gewesen, weil von dem Thema habe ich nur aus der Zeitung erfahren.

GR. Mag. **Frölich**: Frau Kollegin Rücker, ich kann nicht umhin, zu replizieren auf ihre undifferenzierte Bemerkung von vorhin. Ich bin ganz fest davon überzeugt, dass Sie mit der Bemerkung die Arbeit in den Ausschüssen ganz eindeutig degradieren. Ganz eindeutig, weil in den Ausschüssen wurden diese Dinge sehr ausführlich besprochen, ich bin Vorsitzender des Finanzausschusses und dort wurde das genauso diskutiert wie im Planungsausschuss und ich wiederhole mich, wenn ich sage, Sie deklarieren sich als Empörungsprofi, wenn Sie sich hier herstellen, weil die Damen da oben dankenswerterweise ihrem Thema mit Interesse zuhören, wenn Sie sich hierher stellen und hier so tun, also ob es wichtig wäre, hier die Dinge zu wiederholen, die in der Ausschussarbeit schon besprochen wurden. Und mit laut sein und Empört-sein allein werden die Argumente nicht besser. Ich bitte Sie, Sie bleiben selbstverständlich bei Ihrem Stil, das sei Ihnen unberufen, ich will die Ausschussarbeit in diesem Haus nicht durch so undifferenzierte Bemerkungen degradiert sehen, das ist mir eine Bemerkung wert.

GR. Mag. **Candussi**: Also, Herr Kollege Frölich, wenn was undifferenziert,...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Candussi**: Da herinnen bin ich Magister und Gemeinderat für Sie.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Sie sind doch Lehrer.

Mag. **Candussi**: Wenn Sie sich jetzt belehrt fühlen, dann ist das Ihr Problem, dafür kann ich nichts. Ich sage Ihnen nur trotzdem, wie ich Ihre Wortmeldung empfunden habe. Wenn was undifferenziert war, dann war es die. Die Kollegin Rücker hat in keiner Weise die Ausschussarbeit schlechter gemacht oder ignoriert, sie hat nichts anderes gemacht...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Candussi**: Was hat die Kollegin Rücker zur Ausschussarbeit gesagt, kein Wort. Die Kollegin Rücker hat nichts anderes gemacht, als darauf hingewiesen, dass es in der Geschäftsordnung klarerweise eine Vorbereitung in den Ausschüssen gibt und eine entsprechende Behandlung im Gemeinderat und ich wage zu bezweifeln, dass das, was sich hier abgespielt hat vorhin, eine entsprechende Beratung im Gemeinderat war, insbesondere unter dem Aspekt, dass da oben auf der Galerie Leute stehen, um deren Stücke es geht, es stehen da Leute oben, um deren Arbeitsplätze geht es bei diesen Stücken und diese Leute erwarten sich, glaube ich, von uns soviel Ernsthaftigkeit, dass die auch überkommt, auch in der Gemeinderatssitzung, auch wenn wir den Leuten sagen, wir können den Leuten natürlich sagen, wisst ihr was, wir haben es im Ausschuss eh diskutiert und deshalb machen wir jetzt da hier Kasperltheater. Ich glaube nicht, dass die damit zufrieden sind.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** zur Geschäftsordnung: Kollege Candussi hat meine Wortmeldung ein Stück weit vorweggenommen, ich glaube, wir sollten uns wieder auf

diesen Tagesordnungspunkt ganz einfach konzentrieren und abstimmen über diesen wirklich sehr, sehr wichtigen Vertrag, über diese wirklich sehr, sehr wichtige Einrichtung, ich glaube, darüber besteht ja Konsens in diesem Haus und nicht jetzt zu dieser späten Stunde irgendwie in Streit verfallen letztlich irgendwie um des Kaisers Bart, das ist ein bisschen mein Eindruck. Ein Wort zum NaturErlebnisPark, ich glaube, das ist würdig, dass man drei Sätze sagt, es ist tatsächlich als zentrale Einrichtung zur Erholung der Andritzer und Andritzerinnen erstens, zweitens für die Kinder und Jugendlichen in der Stadt Graz, die dort einen Bezug zu den Naturwissenschaften kriegen, sehr kleine Kinder, Kindergartenkinder haben dort die Chance, Natur und Biologie, Naturwissenschaft wirklich hautnah zu erleben. Ich glaube, das sind zwei wesentliche Elemente in diesem NaturErlebnisPark, die es wert machen und das ist mein letzter Satz, die es wert machen, dass wir uns alle gemeinsam Gedanken machen und ich ersuche auch die Stadtregierung darum und den Herrn Bürgermeister, sich über die langfristige Zukunft dieses Vereines Gedanken zu machen, also diese Last nicht nur beim Verein zu sehen, sondern ich glaube, wir alle sind aufgerufen hier kreative Lösung zu finden, dass diese wirklich sehr gedeihliche Arbeit für die Stadt Graz auch fortgesetzt werden kann. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Fluch**: Obwohl der NaturErlebnisPark in Andritz liegt, eine kurze allgemeine Anmerkung. Ich nehme für mich, für meine Fraktion und ich denke auch für die Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat in Anspruch, dass wir professionell an die Gemeinderatssitzungen herangehen. Wir sitzen seit 8 Uhr in der Früh hier und ich sage für uns, es mag zwischendurch dann manchmal heftig hergehen, es mag auch manchmal lustig hergehen, aber auch wenn wir ein Stück schnell abhandeln, ich sage auch die Vorsitzführung war so, dass es möglich war, sich zu Wort zu melden und wenn wir schnell abstimmen und ein Stück auch in einer halben Minute erledigt haben, nehme ich für uns als verantwortungsvolle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in Anspruch, dass wir wissen, worüber wir abstimmen und dass wir wissen, wie wichtig die einzelnen Stücke sind. Wenn wir das nicht tun, dann nehmen wir unsere Arbeit nicht ernst genug. Das wollte ich noch einmal gesagt haben (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Sitzungen gibt es sehr viele, unter anderem gibt es auch in der Stadt Graz eine tolle Einrichtung, das sind die Sitzungen des Naturschutzbeirates und beim Naturschutzbeirat weiß ich immer ein paar Persönlichkeiten hier im Raum an meiner Seite, das ist der Stadtrat Rüschi, der eigentlich jedes Mal fast, so gut er kann dabei ist, es ist der Kollege Dr. Getzinger und der Gemeinderat Topf, ich würde mich auch freuen, wenn man in der Naturschutzbeiratssitzung des Öfteren auch alle Fraktionen dort hätte...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Die Sitzungen sind am Vormittag, da arbeite ich. Ich bin kein Magistratsbediensteter.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, es wird festgelegt mit den Mitgliedern des Naturschutzbeirates, ich würde mir das wünschen, wir haben immer wieder dort mit den beiden Damen gemeinsam auch überlegt, wie wir es anstellen können, dass diese Einrichtung bleibt. Selbstverständlich wollen wir alle, dass den Andritzern und darüber hinaus allen Menschen in Graz und auch den Grazer Schulen und den Grazer Kindern ein solcher Erlebnis- und Naturpark bleibt und wir müssen langfristig über die Absicherung nachdenken. Faktum ist aber auch, es wird Geld kosten und wir müssen auch mit dem Grundstücksbesitzer zu einer Einigung kommen, weil es ja nicht um die Betreuung geht, sondern auch mit einer langfristigen Absicherung, dass man ein Grundstück hat, am liebsten hätte ich es ja einmal fast gekauft, aber wie gesagt, da müssen wir in Zukunft einmal schauen, wie man da mit dem Grundstücksbesitzer auf einen Nenner kommt (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Perissutti

29) StRH – 1919/2005

Bericht betreffend die Prüfung
Steirischer Herbst Veranstaltungsgesellschaft mbH

GR. **Perissutti**: Sehr geehrte Damen und Herren! Bericht betreffend die Prüfung Steirischer Herbst Veranstaltungsgesellschaft. Im Wesentlichen war alles in Ordnung, es geht auf dieser Grundlage der Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Schönegger

30) StRH – 3329/2005

Gesamthafte Prüfung der Finanzlage der
Stadt Graz in den Jahren 1998 - 2003

GR. **Schönegger**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich schicke meinem Bericht voraus, speziell in Richtung Finanzstadtrat, ich werde es sehr kurz halten, aber auch wenn da jetzt das eine oder andere dabei sein sollte, was vielleicht nicht ganz ohne ist, bitte mich nicht anzuschreien, ich mag das nicht. Das wollte ich noch vorausschicken. Es geht hier um die gesamthafte Prüfung der Finanzlage der Stadt Graz in den Jahren 1998 – 2003, die vom Stadtrechnungshof in sehr ordentlicher, wenn ich das so sagen darf, und sehr genauer Weise durchgeführt wurde, es liegt in der Natur der Sache, dass auch hier einige eher kritische Stellungnahmen oder Punkte aufgeführt wurden, insgesamt ist zu sagen, dass in diesen Jahren sehr viele Großinvestitionen in dieser Stadt passiert sind, sehr viele Meilensteine im Bereich

der Stadthalle, um es beispielhaft zu nennen, im Bereich des Kunsthauses, wo es auch gelungen ist, das Land und den Bund zur Finanzierung mit an Bord zu bekommen, im Bereich des Kindermuseums sowie im Bereich des Literaturhauses, das sind vor allem die Großinvestitionen, wo der Stadtrechnungshof festgestellt hat, dass es hier zu Folgekosten gekommen ist, die uns auch heute noch beschäftigen, nona, sagen wir dazu, Folgekosten sind bei solchen wichtigen Meilensteinen für eine Stadt, für eine Region, wie es Graz ist, sind diesen Projekten wesensimmanent, nichtsdestotrotz werden wir den Empfehlungen des Stadtrechnungshofes, haben wir auch als Kontrollausschuss Folge geleistet, das heißt erstens ausreichende Prüfung vor Beschluss neuer Projekte im Gemeinderat, das tun wir ohnehin, nehme ich an. Zweitens Schwerpunktsetzung innerhalb der Stadtregierung, um die mittelfristige Budgetplanung zu erleichtern, unter Berücksichtigung der Budgetkonsolidierung bis 2010. Das hat Finanzstadtrat Wolfgang Riedler heute auch vorgeführt, wie das funktionieren kann gemeinsam mit der Stadtregierung. Drittens Projekte haben eine detaillierte Prognose der Folgekosten und der Finanzierung zu enthalten. Dazu ist eine permanente Kontrolle durch den Stadtrechnungshof, die begleitend zu erfolgen hat, sicherzustellen, auch das passiert in Ansätzen ohnehin schon und der vierte Punkt, ganz ein wichtiger, auch für die nächsten Monate, aber 11. Jänner haben wir ja eine neue Bundesregierung, die Verstärkung der Bemühungen in den Verhandlungen mit Bund und Land. Da zähle ich insbesondere auch wiederum auf unseren Finanzstadtrat. In diesem Sinne bitte ich um Annahme dieses Berichtes und um Kenntnisnahme. Danke.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge die Stellungnahme des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

GRin. **Rücker:** Auch wenn der Herr Schönegger jetzt nicht angeschrien werden will, braucht er keine Angst haben, ich schreie ihn eh nicht an. Ich möchte trotzdem ein paar Sachen dazu sagen und eine getrennte Abstimmung vor allem mir wünschen für den Bericht an den Gemeinderat und für die Stellungnahme des

Kontrollausschusses, denn dieser Bericht ist im Kontrollausschuss sehr intensiv diskutiert worden. Wir stimmen insgesamt dem Bericht an den Gemeinderat durch den Stadtrechnungshof zu, haben uns aber bei der Stellungnahme des Kontrollausschusses nicht einigen können. Ich habe das heute schon angesprochen, da gab es durchaus unterschiedliche Ansichten über das, was die Konsequenzen des Berichtes sind und vor allem auch die Schlussfolgerungen aus politischer Sicht. Deswegen ersuche ich um getrennte Abstimmung. Ich werde die Debatte hier nicht wieder neu eröffnen, weil wir eben auch schon sehr ausführlich diskutiert haben und auch auf Grund der fortgeschrittenen Stunde, es hatte jeder Klub die Möglichkeit, sich mit den unterschiedlichen Stellungnahmen zu befassen und ich denke, Sie haben sie auch alle gemacht. Danke.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Leise klatschen, sonst schreckt er sich.

GRin. **Bergmann:** Obwohl die Stunde schon fortgeschritten ist, möchte ich zu diesem Tagesordnungspunkt doch noch Stellung nehmen. Und zwar genau aus diesem Grund, weil es im Kontrollausschuss eben zu keiner einstimmigen Beschlussfassung gekommen ist und ich möchte einfach hier unsere Sichtweise darlegen. Die KPÖ-Fraktion hat diesen Prüfantrag initiiert und weil immer wieder gesprochen wird hier, dass gerade die KPÖ-Fraktion keine Verantwortung übernehmen will für das Budget, dass wir immer dagegen sind, ist es mir auch ein Bedürfnis, das hier zu sagen. Wir haben es uns nicht leicht gemacht und wir haben diese Gebarungsprüfung von 1998 bis 2003 aus diesem Grund initiiert, weil wir eben genau wissen wollten, was bei dem Budget eigentlich jetzt, warum dieses Budget kippt und ich glaube, der Prüfbericht hat das sehr eindeutig klargestellt. Wir sind bestätigt, dass die Warnungen, die von uns immer wieder ausgesprochen wurden, hat dieser Prüfbericht eigentlich bestätigt. Und der Prüfbericht gibt auch einiges wieder, das hier in der Berichterstattung nicht gesagt wurde, und zwar unter vielen anderen Punkten ist auch ein Punkt drinnen, wo es wirklich geht, dass der Stadtrechnungshof empfiehlt, Überlegungen anzustellen über den Ausstieg aus

bestimmten Projekten und zwar genau auf Grund der enormen Folgekosten, die entstanden sind. Es steht auch im Bericht an den Gemeinderat drinnen, dass eben verschiedene realisierte Vorhaben eine laufende Folgekostenbelastung von jährlich 40 Millionen Euro, das die daraus resultierten und das ist für mich also kein kleiner Betrag, wenn wir das heutige Budget gesehen haben. Die Diskussion um die Stellungnahme im Kontrollausschuss, das heißt also, der Stadtrechnungshofdirektor und die Ausschussvorsitzende haben eine Stellungnahme vorbereitet, die wurde abgelehnt, es wurde gemeinsam eine Stellungnahme von SPÖ und ÖVP eingebracht, die diesen Bericht unserer Meinung nach sehr relativiert und wir haben das Gefühl, dass man hier bestimmte Tatsachen, die dieser Bericht hervorgebracht hat, einfach nicht wahrhaben will (*Applaus KPÖ*) und zwar einfach aus diesem Grund, weil gerade auch die SPÖ und die ÖVP Verantwortung tragen müssen für dieses Resultat. Und wir glauben, dass Schönreden der Stadt nicht hilft, uns auch bei der sogenannten Budgetsanierung nicht hilft und deswegen haben wir dieser Stellungnahme in dieser Form nicht zugestimmt. Danke (*Applaus KPÖ*).

Der Bericht des Stadtrechnungshofes wurde einstimmig angenommen.

Die Stellungnahme des Kontrollausschusses wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Mag. Uray-Frick

NT 1) Präs. 8079/2005-2

Satzung für die Verleihung des Grazer
Menschenrechtspreises

Mag. **Uray-Frick**: Wie der Herr Bürgermeister schon gesagt hat, es geht um die Satzungen für den Menschenrechtspreis auf Anregung vom Bürgermeister und auf Grund des Engagements von seinem Vorgänger Bürgermeister Stingl soll dieser Menschenrechtspreis, der 7.000 Euro beträgt und zweijährig vergeben werden soll, eingerichtet werden, der Ausschuss hat in den Satzungen eine kleine Änderung

vorgenommen und zwar im § 7, wo ein Datum festgelegt wurde für die Preisverleihung, nämlich um den 8. Februar herum, dem Tag der Erklärung der Menschenrechte haben wir gemeint, dass dieser 8. Februar ein bisschen kurz ist und der nächste vielleicht nicht ganz so günstig, weil das so zwei Wochen nach der Wahl ist, so dass wir das ein bisschen breiter gestreut haben also diesen Termin, wir haben gesagt, entweder dieses Datum beziehungsweise um den Tag der Menschenrechte. Ich bitte die Satzungen mit dieser Änderung anzunehmen.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 idF. LGBl. Nr. 32/2005, die in der Beilage angeschlossene und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Satzung des „Grazer Menschenrechtspreises“ beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Kolar

NT 5) A 1 – 55/2006-14
A 8 K 20172/06-5

Dienstpostenplan 2007

GR. **Kolar**: Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Wir haben das Stück, den aktuellen Dienstpostenplan, vorliegen. Zu den kritischen Anmerkungen darf ich sagen, der Zeitfaktor ist natürlich ein enger gewesen in dieser ganzen Behandlung bei diesem umfangreichen Stück, es sind die Anforderungen einer Personalbewirtschaftung, die letztendlich der Sparsamkeit und der Effizienz und letztendlich auch der Eckwertbudgetierung darlegen, zu berücksichtigen gewesen. Letztendlich wurde hier ein Stück vorbereitet, das eine Aufwertung von 31 Dienstposten vorsieht, eine Neuschaffung von 53 Dienstposten und die Einziehung

von 25 Dienstposten. Dieses ganze Stück wird auch budgetwirksam und deswegen ist es auch wesentlich, dass wir es heute noch hier auf der Tagesordnung haben, weil hier rund 620.000 Euro an Mehrkosten im Personalbudget aufzuwenden sind. Ich darf mich herzlichst bedanken beim Bürgermeister als Personalreferenten, beim Personaldirektor, bei den Amtsleitern, bei den Kollegen aus der Personalvertretung Wirtl und Suppan und ersuche höflich um Annahme dieses Dienstpostenplanes.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte sowie des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem in der Anlage angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwurf des Dienstpostenplanes 2007 wird zugestimmt. Der Dienstpostenplan tritt mit 1.1.2007 in Kraft.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: StR. Mag. Dr. Riedler

NT 6) A 8 – 20081/2006-6

Grazer Stadtwerke AG
1. Finanzierungsmaßnahmen Grazer
Verkehrsbetriebe
2. Haushaltsplanmäßige Vorsorge für
€ 4.200.000,- in der OG 2006

Dr. **Riedler**: Wir haben dieses Stück in einer sehr umfangreichen Diskussion, vor allem auch in Abstimmung mit dem Kollegen Rüschi, entwickelt geradezu in der Ausschussarbeit, es gibt zwei Kernpunkte. Der Punkt eins ist eine Finanzierungs- und Verlustabdeckung in der Höhe von 2,4 Millionen Euro für die Stadtwerke, die noch im heurigen Jahr fließen soll, der zweite Teil bezieht sich darauf, dass wir im Zuge einer Vereinbarung auch dafür sorgen wollen, dass es zu einem Virement

kommen kann im Zusammenhang mit der Errichtung und Verlängerung der Straßenbahnlinien 4, 5 und 6. Überschüsse in einem Bereich sollen erhöhte Projektkosten im anderen Bereich abdecken. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1.

Gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 32/2005 wird gemäß der einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildenden Vereinbarung zwischen der Grazer Stadtwerke AG und der Stadt Graz ein einmaligen Gesellschafterzuschuss zur Verlustabdeckung in Höhe von € 4,2 Millionen bei gleichzeitigem Verzicht der Grazer Stadtwerke AG auf künftige Zahlungen der Stadt Graz in diesem Zusammenhang, genehmigt.

2.

Gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 32/2005 wird in der OG 2006 die neue Fipos

1.91400.755000	„Laufende Transferzahlungen an Unternehmungen, Grazer Stadtwerke AG, Abschlagszahlung“ (Fistel: A 8) mit	€ 4.200.000,-
----------------	--	---------------

geschaffen und zur Bedeckung wird die Fipos

2.92500.859101	„Ertragsanteile ohne Sielbankenabgabe, Abgestuft“
----------------	--

um denselben Betrag erhöht.

GR. **Slamanig**: Das ist derselbe, aber das Finanzstück für das A 8-20081/2006-6 betrifft die gleiche Geschichte, weil für uns diese KDZ-Analyse also nicht vorliegt und deshalb ersuche ich den Gemeinderat, den gleich lautenden wie vorerst den Abänderungsantrag zu beschließen. Bitte um Annahme.

Der Abänderungsantrag von GR. Slamanig wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz erledigt.

Der Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 21.55 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreter Walter Ferk

Der Schriftführer:

Der Schriftprüfer:

Wolfgang Polz

GR. Josef Schmalhardt

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb